

13 VORBEREITUNG 11
580/90 J.

Hausmitteilung

Berlin, den 10.8.1990
31-eng/he

von Abteilung 3, Dr. Nübel an Staatssekretär, Dr. Krause

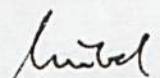
Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Büro Dr. G. Krause
1927/13.8.90

Sehr geehrter Herr Dr. Krause,

im Auftrage des Amtsministers wurden Ende Juli/Anfang August mit einer Reihe von Verbänden und Vereinigungen der DDR Gespräche geführt. Ziel dieser Gespräche, zu denen diese Verbände auch Positionspapiere eingereicht haben, war es, ihre Meinung und ihre Erwartungen im Hinblick auf die Arbeit der Regierung zu erfahren und nach Möglichkeit in die Regierungsarbeit einzubeziehen.

Zwangsläufig haben diese Vereinigungen und Verbände auch ihre Erwartungen und ihre Interessen im Hinblick auf den Einigungsvertrag benannt. Beiliegend übergeben wir Ihnen eine Zusammenfassung der vorgetragenen Standpunkte zu Ihrer Kenntnisnahme und Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Uwe Nübel
Abteilungsleiter

Anlage

Zusammenfassung
von
Beratungsergebnissen mit Vereinigungen/Verbänden zur Regierungspolitik

Vereinigungen/Verbände	Einigungsvortrag	Amtsminister	Fachminister
1 DFD Demokratischer Frauenbund	2 -Sicherheit der Garantie Oder-Neiße-Grenze -durch soziale Markt- wirtschaft Milderung sozialer Spannungen -Sicherung Arbeitsmarkt Frauen 51% DDR -Gleichstellung Mann und Frau -Recht auf Arbeit -Kündigungsschutz für Schwangere -Erhalt Kindereinrichtungen -Beibehaltung Fristenregelung -Rentenalter Frauen 60 Jahre -Haushaltstag für Mann und Frau -soziale Fürsorge Mutter und Kind -Erhalt der Identität DDR-Frau	3 -Ratifizierung UNO-Konvention über Rechte des Kindes -Wirksamkeit Gleich- stellungsbeauftragte -Optimismus der Bevölkerung	4 -Erwerbslosigkeit Frauen in Stadt und Land -Versorgungsfragen, Preispolitik -Unterstützung bei neuen Frauzentren -Einsatz von Kinderbeauftragten in allen Ebenen -Organisierung Umschulungsprogramme
Unabhängiger Frauenverband	-ökonomische Abhängigkeit -Selbstbestimmungsrecht -Ablehnung §175 BRD-Gesetz -Ablehnung Bemessungsgrenze 45 Jahre für Rentnerberechnung		-Gleichstellungsgesetz für Zugang in allen Lebensbereichen

Gehörlosen- und Schwerhörigenverband

- Recht auf Rehabilitation
- Recht auf finanzielle, materielle Sicherstellung
- Erhalt geschützter Arbeitsplätze, Werkstätten und Zentren
- Recht auf Gleichstellung Behinderter, Geschädigter und normaler Bürger
- Recht auf Arbeit für Behinderte
- Erhalt der Blindengeldstufen

Blinden- und Sehschwachenverband

Behindertenverband

s. o.

Volkssolidarität

- Sondermittel für soziale Dienste

Gewerkschaftsverband Beamtenbund DDR

- Struktur öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung im Gleichklang
- sozialverträgliche Übergangsregelungen
- Vorruhestand ab 55 Jahre
- Rationalisierungsschutzabkommen
- ungeingeschränkte Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes für DDR

- Wirksamkeit Behindertenbeauftragter in der Regierung
- gesellschaftliche Aufklärungsarbeit

- Unterstützung Dachverband "Rat der Behinderten"
- Einstufung Gemeinnützigkeit
- Finanzierung Verbände
- Gleichstellung Hörgeschädigte und Behinderte

- materielle, finanzielle Fonds für Behinderte durch Staat
- Anhörung bei Arbeitsämtern
- Erhalt Zentralbücherei Leipzig

- Entscheidungsfindung - Finanzierung
- Teuerungsausgleich für Hilfsmittel sozial schwacher Gruppen

- Sicherung Finanzierung
- Erwerbsrecht für Objekte
- Bestätigung auf Gemeinnützigkeit
- Erhalt Sozialarbeit in spezifischen Aufgabengebieten

- Klarstellung von öffentlicher Verwaltung und öffentl. Dienst
- Einführung öffentl. Dienstrecht und Personalvertretungsrecht
- einheitliche Rahmenbedingungen bei Ausschluß von Beamten des öffentl. Dienstes, dabei keine Verbindung öffentl. Verwaltung und öffentl. Tribunal zulassen

- Entscheidungsvorlage für Berufsbeamtenstatus des öffentlichen Dienstes
- Abschluß von Tarifverträgen für Beamte

1

2

3

4

- vorrangige Stellenvermittlung für im öffentl. Dienst Beschäftigte
- Anerkennung Tarifautonomie für Gewerkschaften DDR und Abschaffung Vetorecht bei BRD Gewerkschaften
- Anpassung Berufs- und Einkommensbedingungen für Beamte
- Einführung Berufsbeamtentums Art. 33 Abs. 5 GG
- ineingeschränkte Einführung Beamtenrechtsrahmengesetz

-Berufung von Beamten mit Sondererklärung möglich

Richterbund

- Regelung für Rechtsprechung der DDR-Gerichte mit rechtsstaatlichen Grundsätzen
- Grundaussagen Richteramtsrecht
- Anerkennung DDR-Gerichte als ordentliche Gerichte
- Regelungen für Lebenszeitrichter der oberen Gerichte
- Gleichstellung DDR-Eingangsrichter und Leihrichter aus der BRD
- Einsatz auch in Bundesgerichten

-Unterstützung einer neuen berufsständigen Vereinigung

- gerichtlicher Rechtsschutz für Richter
- Einrichtung Richterwahlausschuß
- Übernahme von Kriterien für Personalentscheidungen von Richtern
- Klarstellung soziale Absicherung

Vereinigung demokratischer Juristen	-Bestandsgarantie für Arbeitsweise DDR-Juristen -Anerkennung der DDR-Ausbildungen und Tarifrecht	-Unterstützung zur Neugründung Rechtsanwaltskammer	-Status staatlicher und freier Juristen
Deutscher Verband der Patentanwälte	-67 zugelassene Patentanwälte in der DDR sind zu belassen -Absicherung Einführung BRD-Patentrecht für gewerblichen Rechtsschutz -Status Patentingenieure ist als Patentanwälte zu erklären	-Unterstützung, Aufbau einer neuen Patentanwaltschaft nach den Verbandsunterlagen	-Berücksichtigung bei Beratungen für gewerblichen Rechtsschutz die Erfahrungen der Verbandsarbeit
Bund der Staatsanwälte	-Bestätigung o.g. Aussagen: und Entscheidungsvorschläge -Anerkennung der Staatsanwaltschaftsarbeit für DDR-Rechtsgrundlagen -Vorschläge für Rechtsdurchsetzung der Festlegungen zum Staatsvertrag: -Ministerratsgremium DDR/BRD -Gremium Bundesverfassungsgericht -unveränderliches Grundrecht als Ergänzung Art. 146 GG/BRD		
Verband für Verbraucherschutz			-Unterstützung der Verbandsarbeit: -Lebensmittelrecht - Verbraucherschutzgesetz -Reisevertragsgesetz -Versicherungsgesetz -Mietrecht -Medikamentenberatung

1

2

3

4

Verband für Berufsberatung

- Berufsberater sind mit Verwaltungsangestellten von Arbeitsämtern nicht gleichzuschalten
- Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung von Lehrlingen (Schüler in die BRD)
- Gleichstellungskriterien für DDR-Ausbildungsstätten

- Prüfung eines Bildungsgesetzes für Berufsberater in Analogie der Schweiz

- Interstützung beim Aufbau von Gewerbezentren in den Kommunen mit Unternehmerverbänden

Nationale Volksarmee (NVA)

- Anerkennung der Qualifikations- und Ausbildungsstufen der Armeeingehörigen
- Eingliederung als gleichberechtigte Partner in Armeeeinheiten der BRD bzw. in Wirtschafts- und Verwaltungsorganisationen der DDR
- soziale, materielle Absicherung der Armeeingehörigen

Verband der Theater-schaffenden

- Erhalt der Theater in Stadt, Land, Gemeinde, Kreisen als deutsches Kulturerbe
- Absicherung der Finanzierungsgrundlage in den Kommunen
- Ergänzung Bühnenrecht BRD in bezug unkündbarer Arbeitsverträge
- Erhaltung des Niveaus der Ausbildung

- keine Preisgabe von vorhandenen Theatereinrichtungen
- Entwicklung neuer Besucherorganisationen und Förderkreise in den Kommunen
- Schaffung neuer Formen der Kommunikation und Weiterbildung
- Sicherung Spielstättenförderung für freie Gruppen
- keine Vergeudung von Begabungen, künstlerischer Potenz, Fähigkeiten und Kreativität

Schriftstellerverband

-Ausführungen s.o.

-Anmahnung Diskussionspapier vom 19.3.1990 beim MfK

1

Verband Deutscher
Komponisten und
Schutzverband der
Künstler

2

- Vermeidung Kulturabbau und kultureller Ausverkauf
- Vereinbarung einer Kulturunion beider deutscher Staaten
- Schutz und Förderung von Kunst und Kultur auf Basis UNESCO-Empfehlungen
- Erhalt der vorhandenen Ausbildungsstätten und Lehranstalten mit europäischem Spitzenniveau
- soziale Absicherung der Künstler kunstfreundlich zu gestalten
- Schaffung einer Kulturunion gem. Entwurf 05/90

3

- Standpunkt des Kulturausschusses der Volkskammer zum Referat Schutzbund der Künstler vom 9.5.1990
- Sicherung Verbandsarbeit in Abstimmung MfK und Volkskammerausschuß
- keine Zulassung von Niffamierung der Künstlerverbände nach der Bundestagswahl
- Standpunkt MfK zum Entwurf eines Vertrages über Kulturunion als Anlage zum Staatsvertrag

4

- Durchsetzung der Regierungs-erklärung vom 9./1.1990 zum Schutz der Kultur und Kunst und Subventionierung
- Schaffung eines nationalen Instituts für Film und Video gem. Vertragsentwurf
- Bestätigung der Anträge der Künstlerverbände auf Gemeinnützigkeit
- Erhalt von Einrichtungen der Verbände:
- Musik-Biennale Berlin
- Musikinformationszentrum
- Internationale Musikbibliothek
- Fachzeitschrift "Musik und Gesellschaft"
- Verlag "Neue Musik"
- Verbandsarbeit ab 01/91
- Nachfolgeeinrichtung MfK

Verband der Film- und
Fernsehschaffenden

- Bestätigung aller Punkte s.o.
- Umwandlung Fernsehfunk als Mehrländeranstalt

Kulturbund

- Festschreiben der Kulturpflicht des Staates im GG
- Verabschiedung eines Kulturförderungsgesetzes z.B. Reko Infrastruktur 5 DDR-Länder
- Bildung eines Kulturministeriums des Bundes für langfristig übergreifende Aufgaben der Kultur

- Erhalt der Einstellungen und Fachkräfte in allen Anstalten
- Verabschiedung eines Gesetzes zur Übernahme Kulturarbeit der Länder
- Sonderprogramm für Anschubfinanzierung in den Ländern
- Sicherung Sammlungen, Archive, Bibliotheken und kulturelle Vereinigungen

1

2

3

4

- Erhalt von ausgewählten zeit-spezifischen Denkmälern der DDR-Kultur
- Sicherung der Finanzierung II/90
- Sicherung von Eigentum auf Grundlage SMAD-Beschlüsse nach 1945
- Mitarbeit der Verbände bei Erarbeitung der Landesgesetze (Natur, Umwelt, Denkmäler)
- Bewahrung, Förderung des Kulturfonds durch
 - Stiftungen
 - kleine Galerien
 - Interessengemeinschaften
 - Freundeskreise, Klubs
- Einflußnahme auf Bildungsbedarf kultureller Entwicklungsprozesse in der BRD
- Weiterbildungsprogramme für Kulturarbeiter einschließlich Umschulungsprogramme

Gewerkschaftsverband
Kunst, Kultur, Medien

- Sicherung der sozialen Stellung der Künstler
- Schaffung eines Tarifrechts

- Anfrage zum Verteilerschlüssel 3,0 Md. M
- PDS-Vermögen am Staatshaushalt und Zuwendung für Kulturarbeiter ca. 150 Mill. M

- Fehlen von klaren Strukturen für Künstler in Länder der DDR
- Finanzen
- Steuerregelung
- Auftragsarbeit
- Erhalt der Kräfte, Spezialisten
- Künstler als Devisenbringer
- Eintrittsgeld bei Theater und Veranstaltungen

1

2

3

4

Nationales Olympisches
Komitee der DDR

-Grundaussagen zur Durch-
führung Olympischer
Spiele 1992 und 2000
-Anerkennung der Olympischen
Charta als Rechtsgrundlage

Deutscher Turn- und
Sportbund der DDR

-Gewährung der BRD- Sport-
hilfe für DDR-Verbände
zur Förderung und
Unterstützung:
-Körpererziehung im Bildungs-
system
-Breitensport der Kinder
-Jugend- und Erwachsenen-
sport
-Behinderten- und Versehrten-
sport
-Förderung sportl. Talente
-Leistungssport
-Aus- und Weiterbildungs-
maßnahmen
-Sportvereine und Verbände
-Verwirklichung der Vereinigungs-
konzeption DTSB/DSB vom
28.6.1990
-jeder Bürger hat das Recht, sich
gleichberechtigt im Staat zu
betätigen und die Art des Sport-
treibens frei zu wählen
-Anerkennung der erworbenen Qualifikation
in der Fachausbildung

-Beibehaltung eines Ministeriums für
Jugend und Sport
--Entscheidung zu den eingereichten
Finanzplänen II/1990 zur
Abwendung der unerträglichen
Situation der hochqualifizierten
Fachkräfte

1	2	3	4
---	---	---	---

Deutsches Rotes Kreuz	-Festschreibung als Organisation für nationale und internationale Hilfs- und Katastrophenorganisation		-Entscheidungsfindung für die neue Struktur des DRK -DRK neue spezifische Aufgabe -Krankentransport -schnelle med. Hilfe -Zuordnung der Finanzierungsbeihilfe in Länder und Gemeinden
Christl. Demokratische Jugend	-Erhalt Berufs-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen		-Durchsetzung einer parlamentarischer Jugendarbeit
Junge Sozialdemokraten	-Erhalt Arbeitsrecht für Jugendliche, Fristenlösung § 218, -Ablehnung § 175 -freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst, beides 12 Monate		-Schaffung einer Infrastruktur in der Ländern für legislativen und exekutiven Bereich -Rahmenprogramme für Bildung, Arbeit und Soziales -Unterstützung sog. 2/3 Welt und Solidarität Nord-Süd-Politik
Freie Deutsche Jugend	-Bestätigung Probleme s.o. -Respektierung der Parteien und politischen Organisationen in der DDR -Subventionierung der Jugendverbände und Sicherung der Teilnahme Jugendlischer an internationalen Veranstaltungen -Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens	-Bildung eines eigenständigen Jugendministeriums für die Sicherung der Verbandsarbeit und für freie Träger der Jugendhilfe	-Mitarbeit am Jugendhilfegesetz für praktische Arbeit -Überwindung nationaler Vorurteile -Schaffung eines neuen Kinder- und Jugendhilferechts -Mitarbeit am Schulverfassungsgesetz und Betriebsverfassungsgesetz sowie Hochschulverfassungsgesetz -Unterzeichnung der UNO-Konvention über Rechte des Kindes

1

2

3

4

- Chancengleichheit in der Bildung
- garantiertes Arbeitsverhältnis mindestens 1 Jahr nach abgeschlossener Ausbildung
- Anerkennung der DDR-Qualifikationsabschlüsse
- Gleichstellung von Mann und Frau
- Anerkennung der Jugendverbandsarbeit als freier Träger der Jugendhilfe

-richtige Zuordnung des Einsatzes von Fachkräften in Jugendämtern, Referaten der Jugendhilfe

Kommission Kirchl.
Jugendarbeit

- Erhalt Arbeitsrecht für Jugendliche
- Sicherung Subsidiarität für freie Träger
- Erhalt, Einführung EG-Normen für Jugendhaft, Jugendheime, Jugendliche
- differenzierte Anerkennung von Qualifizierungsabschlüssen für soziale Aufgaben und Belange
- konzertierte Aktion gegen Rechts- extremismus Jugendlicher (Einsatz gesamtdeutscher Arbeitsgruppe)
- Bereitstellung von Fördermitteln für Jugend- und Sozialarbeit aus Staatsmitteln (bislang 200 Mill. M ausschließlich für FDJ-Arbeit vor der Wende)

- Reform des gesamten Resozialisierungswesens in der DDR (Jugendheime, Werkhöfe usw.)
- Aufbau einer neuen Infrastruktur für Jugendämter, Referate usw.
- Überführung unrechtmäßigen Besitzes des FDJ-Eigentums für die Jugendarbeit in den Kommunen

aufgestellt:

Lothar Totz
Mitarbeiter